

Bildungspolitische Halbzeitbilanz des Bayerischen Landtags des *Forum Bildungspolitik in Bayern* vom 16. Mai 2011

Antworten der Landtagsfraktionen auf unsere Forderungen (Stand 13. Mai 2011)

1. Größtmöglicher Bildungserfolg für alle

CSU:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

SPD – zu Forderung 1 und 2:

Ohne Ausbau der individuellen Förderung gelingt kein größtmöglicher Bildungserfolg.

Gestatten Sie mir deshalb, dass ich die Stellungnahme zu den beiden Forderungen zusammenfasse. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass Ihre Forderungen berechtigt sind und haben Ihnen mit unseren parlamentarischen Möglichkeiten eine Stimme gegeben. Grundlage unserer parlamentarischen Aktivitäten war der Beschluss des Landesparteitags der BayernSPD am 8. Mai 2010 in Bayreuth.

Die SPD-Landtagsfraktion Bayern hat mit der Einbringung der Gesetzentwürfe zur Verankerung der Lernmittelfreiheit in der Verfassung, zur Einführung der umfassenden Lernmittelfreiheit, zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen gebundenen Ganztagschulplatz, zur Einführung der Gemeinschaftsschule und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konkrete Vorschläge gemacht, wie es gelingen kann, das alle Kinder und Jugendlichen in Bayern die gleichen Chancen haben – unabhängig von der Herkunft ihrer Eltern, deren finanzieller Möglichkeiten und ihrem Wohnort. Die gleichen Chancen müssen auch und vor allem Kinder mit Behinderungen haben.

● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e.V. (AKH) ● Bayerischer Elternverband e.V. (BEV) ● Bayerischer Jugendring (BJR) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e.V. ● Deutscher Familienverband – Landesverband Bayern e.V. (DFV) ● Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband Bayern e.V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund – München e.V. ● Die Regionalbewegung - Landesgruppe Bayern ● Eine Schule für Alle - in Bayern e.V. ● Eltern-Forum-Coburg ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.) ● Fachverband für Kunstpädagogik, BDK e.V. ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e.V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e.V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e.V. (GVEE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Gymnasialerlern Bayern e.V. (GyB) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e.V. (jpi) ● JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayerischer Familienbildungsstätten e.V. ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e.V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e.V. ● LandesASTenKonferenz Bayern (LAK) ● LandesschülerInnenvereinigung Bayern e.V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e.V. (LBSP) ● Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie e.V. Bayern (LVL) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e.V. ● Sudbury München e.V. ● Verband Berufstätiger Mütter e.V. (VBM) ● Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindefereferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG) ● Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. (ZKM)

Der Spracherwerb ist von entscheidender Bedeutung bei allen Bemühungen um ein Miteinander der Kulturen. Dies haben wir unserem Integrationsgesetzentwurf zum Ausdruck gebracht. Wir haben die Schulen in freier Trägerschaft durch vielfältige Aktivitäten vor Ort unterstützt und unsere Haltung auch durch die Ablehnung der beiden Änderungen des Schulfinanzierungsgesetzes in 2010 und 2011 und in einem eigenen Haushaltsantrag zum Ausdruck gebracht.

Keiner darf verloren gehen – diesem Auftrag fühlt sich die BayernSPD und die SPD-Landtagsfraktion auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode verpflichtet.

Freie Wähler:

Dieser Forderung schließen sich natürlich auch die FREIEN WÄHLER an - und haben dies immer gefordert! Selbstverständlich müssen jedem Kind und jedem Jugendlichen unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund die bestmöglichen Wege offen stehen und Bildungserfolge gewährleistet werden. Da inzwischen eindeutig bewiesen ist, dass die Grundlagen dafür schon vor der Einschulung gelegt werden, fordern die FREIEN WÄHLER eine bessere Verzahnung von Kindergarten und Schule im Sinne eines bildungspolitischen Gesamtkonzepts. Wir haben dazu eine ganze Reihe von Anträgen als „Kindergartenoffensive“ eingebracht. Die Forderung nach einem kostenfreien Kindergartenjahr ist dabei eine zentrale Forderung der Freien Wähler, aber z.B. auch ein kindgerechterer Betreuungsschlüssel. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die "Flexible Eingangsklasse" - sie müsste aber flächendeckend eingeführt werden.

Wir fordern ebenfalls mehr Autonomie für die einzelnen Schulen, was auch die Möglichkeit zur Erarbeitung unterschiedlicher Modelle und Kooperationsformen zwischen den Schulen beinhaltet. Um möglichst harmonische Übergänge zu schaffen, haben wir in einem eigenen Antrag die Harmonisierung der Lehrpläne der 5. Jahrgangsstufe (Drs. 16/3259) gefordert.

Die finanzielle Gleichbehandlung privater, kirchlicher und kommunaler Schulen mit staatlichen Schulen ist nach wie vor eine zentrale Forderung der Freien Wähler. Wir haben in diesem Zusammenhang bereits mehrere Anträge gestellt (Drs. 16/4852; 16/4853).

Um möglichst vielen Schülern einen qualifizierten Abschluss zu ermöglichen und die Zahl der Schulabbrecher zu verringern, fordern wir ein Konzept für eine flexible Abschlussphase an Haupt- und Mittelschulen (Drs. 16/6323) analog der "Flexiblen Eingangsklasse".

Damit auch Eltern mit Migrationshintergrund den Bildungsweg ihrer Kinder aktiv begleiten können, müssen sie selbst die deutsche Sprache aktiv beherrschen. Sprachkurse für Eltern mit Migrationshintergrund sind für die FREIEN WÄHLER deshalb ein Kernanliegen, das wir bei unserem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung besonders im Auge haben, und das wir auch kritisch-konstruktiv begleiten (Drs. 16/6196). Insgesamt müssen alle Eltern mehr im Fokus der schulischen Arbeit stehen, es müssen Modelle zu mehr Motivation und Partizipation dieser Seite der "Schulfamilie" entwickelt werden.

Bündnis 90/ Die Grünen:

Frühkindliche Bildung heißt nicht Verschulung, sondern soll den Kindern frühzeitig Angebote und Möglichkeiten eröffnen um ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Das soll und muss allen Kindern ermöglicht werden. Wir brauchen mehr Mittel für die Kitas: für kleinere Gruppen, Fortbildung der ErzieherInnen und eine bessere Bezahlung. Wir streben, nach einer Finanzierung der besseren pädagogischen Qualität auch die Kostenfreiheit des Kindergartens an, wobei mit dem ersten Kindergartenjahr begonnen, da so der Zugang zu früher Bildung für Kinder aus bildungsfernen Schichten verbessert wird.

Die 20 Schulmodelle zu den flexiblen Eingangsklassen können schon längst die Regel im Schulalltag sein, denn diese Modelle wurden in andern Bundesländern bereits erfolgreich erprobt.

Wenn Kinder möglichst lange gemeinsam lernen, ihren Fähigkeiten und Talenten gemäß individuell gefördert werden und wenn gleichzeitig verhindert wird, dass Kinder viel zu früh auf verschiedene Schularten verteilt werden, noch bevor sie Zeit hatten ihre Potentiale auszubauen, dann sind die Hürden der Übergänge weitestgehend abgebaut. Lehrpläne, Lern- und Arbeitsmethoden aufeinander abzustimmen sind dabei eine Grundvoraussetzung und grüne Forderung.

Durch kontinuierliche, gezielte individuelle Förderung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler werden mögliche Schwächen rechtzeitig erkannt und mit den Kindern aufgearbeitet. „Schulversagen“ und

Wiederholung der Jahrgangsstufen können verhindert werden, damit werden Schulfrust und die damit zusammenhängend zu Abbruch der Schulausbildung ohne Schulabschluss, eventueller Fehlentwicklungen bis hin zu Erkrankungen der Kinder deutlich vermindert.

Wir wollen durch eine „Öffnungsklausel“ im Schulgesetz erreichen, dass neue Schulmodelle, insbesondere Gemeinschaftsschulen vor Ort entstehen können. Dieser Prozess der Schulentwicklung von unten kann insbesondere gefährdete Schulstandorte im ländlichen Raum, aber auch im Stadtteil sichern und gemeinsames Lernen und damit bessere pädagogische Qualität ermöglichen.

Wir verstehen Schulen in freier Trägerschaft als einen unverzichtbaren Bestandteil des bayerischen Bildungswesens. Sie ergänzen und bereichern wirkungsvoll das Angebot und leisten durch ihre besonderen pädagogischen Profile und alternativen Angebote einen unverzichtbaren Beitrag. Sie brauchen eine angemessene staatliche Finanzierung, deshalb haben wir die Schlechterstellung durch die Staatsregierung bekämpft.

FDP:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

2. Ausbau der individuellen Förderung

FDP:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

CSU:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

SPD:

s. Forderung 1

Freie Wähler:

Der Sprachförderung kommt in den Augen der Freien Wähler eine besondere Bedeutung zu. Wir fordern deshalb eine Sprachstandserhebung für alle Schulanfänger (16/4851), um gezielt und passgenau in diesem Bereich fördern zu können.

Die Inklusion wird eine gewaltige pädagogische Herausforderung in den nächsten Jahren sein. Wir fordern deshalb neben der Verankerung in der Lehrerbildung auch gezielt Mittel in der Lehrerfortbildung dafür bereit zu stellen (Drs. 16/7866). Neben der bisher im Rahmen der Schulbauverordnung zu gewährleistenden Barrierefreiheit brauchen wir hier auch weitere bauliche Maßnahmen und Raumkonzepte wie z.B. jeweils einen Gruppenraum zwischen zwei Klassenräumen zur Differenzierung. Bei diesen zusätzlichen Herausforderungen dürfen allerdings die Kommunen als Sachaufwandsträger nicht im Regen stehen gelassen werden. Hier ist auch der Freistaat in der finanziellen Verpflichtung. Unserer Meinung greift hier klar das Konnexitätsprinzip!

Bündnis 90/ Die Grünen:

Sprachförderung so früh und so umfassend wie möglich ist notwendig und richtig. Wir setzen auf eine integrative Sprachförderung als Bestandteil der täglichen Arbeit in der Kita. Hier müssen alle Akteure mit ins Boot geholt werden, das bedeutet auch dass Mütter und Väter, ErzieherInnen und Lehrkräfte geschult

und begleitet werden müssen. Konzepte, die nur auf die Förderung der Sprache abheben und den kulturellen Hintergrund außer Acht lassen, werden fehl gehen und nicht nachhaltige Wirkung zeigen. Mehrsprachige ErzieherInnen und Lehrkräfte können hier wirksam und unterstützend wirken. Auch in der Schule brauchen wir eine kontinuierliche Sprachförderung.

Inklusion in der Bildung und in Bildungseinrichtungen ist keine Kannbestimmung mehr. Die UN-Konvention ist in Bayern umzusetzen. Wir dem von der interfraktionellen Arbeitsgruppe erarbeiteten Gesetzentwurf ist ein erster Schritt getan. Jetzt kommt es auf die Umsetzungsschritte an. Entscheidend ist die Fort- und Ausbildung der Lehrkräfte, dafür müssen fehlen noch die entsprechenden Voraussetzungen und Mittel. In Zukunft müssen Sonderpädagoginnen, an der allgemeinen Schule tätig und Förderschulen zu Kompetenzzentren werden.

3. Investitionen in Bildung auf internationalem Niveau

Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Forderung nach höheren Investitionen im Bildungsbereich ist berechtigt. Seit Jahren immer wiederholt und unverändert wird gefordert, dass mehr Erzieherinnen, Fachpersonal, Sozialpädagogen und Lehrkräfte in kleineren Gruppen und Klassen arbeiten und unterrichten sollen, damit die so dringend erforderliche individuelle Förderung und Begleitung der Kinder möglich werden und umgesetzt werden kann. Ein Personalkonzept das langfristig und Einrichtungsübergreifend gedacht und geplant wird, könnte hier Verbesserung erreichen. Dabei ist es notwendig die tatsächlichen Zahlen des Personalbedarfes mit den anstehenden Pensionierungen, befristete und reguläre Neueinstellungen abzugleichen und so zu dem Investitionsbedarf zu kommen. Wir haben in Haushaltsanträgen eine zielgerichtete finanzielle Verbesserung gefordert, für die Unterrichtsversorgung vor Ort, für Ganztagsangebote, für Inklusion, für eine bessere und umfangreichere Finanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land, für die BOS/FOS, für Schulverwaltungsangestellte und für Schulen in freier Trägerschaft.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel für den Ausbau der Hochschulen und der Unterstützung bei der Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen müssen schnellstens zur Verfügung gestellt werden, denn wegen doppeltem Abiturjahrgang und Wegfall der Wehrpflicht hoffen viele junge Leute auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz. Hier ist wertvolle Zeit vergeudet worden, um rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere um Stellen auch tatsächlich besetzen zu können. Statt Durchwursteln fordern wir die Rahmenbedingungen an den Schulen und Hochschulen tatsächlich und dauerhaft zu verbessern.

FDP:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

CSU:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

SPD:

Wir können – nachdem die CSU durch Zockerei bei der Landesbank ein Zig-Milliarden-Euro-Loch in den Haushalt des Freistaats Bayern gerissen hat, nicht einfach weiter machen wie bisher. Wir müssen genau hinsehen, wofür wir Geld ausgeben und wo wir Einnahmen kreieren können. Doch der Bildungsbereich muss für uns der zentrale Investitionsbereich sein. Wie können wir die Qualität unseres Bildungswesens steigern? Diese Frage muss uns dabei leiten.

Im Bildungsbereich verschleudert die CSU/FDP-Regierung viel Geld. So kostet das Sitzenbleiben allein 250 Millionen Euro im Jahr, ohne dass dies einen nennenswerten Bildungseffekt hätte. Die CSU

verschleudert viel Geld, in dem sie die Schulen am Gängelband führt statt sie durch die Übertragung von Verantwortung, Personal und Geld in die Selbständigkeit zu entlassen. Wir sind davon überzeugt, dass sich hier enorme Qualitätssteigerungen erreichen lassen.

Darüber hinaus muss die demographische Rendite, die bis zum Jahr 2020 nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung allein für Bayern 2,3 Milliarden Euro ausmacht, im Bildungssystem bleiben und hier zugunsten der frühen Förderung in Kindertagesstätten und Grundschulen umgeschichtet werden.

Wir haben unsere Vorstellungen über Bildungsinvestitionen in Form von Anträgen zum Doppelhaushalt deutlich gemacht.

Freie Wähler:

„Kleinere Klassen, mehr Lehrer“ ist von Anfang an eine bildungspolitische Kernforderung der FREIEN WÄHLER. Zumindest in allen 5. Klassen wäre hier der erste Schritt zu tun!

Um den gewachsenen Anforderungen und den gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden, fordern die FREIEN WÄHLER außerdem eine Aufstockung des übrigen pädagogischen Personals: mehr Schulpsychologen, mehr Anrechnungsstunden für Beratungslehrer, mehr Schulsozialarbeiter, aber auch mehr Verwaltungspersonal an allen Schulen. Wir fordern auch den Aufbau einer integrierten Lehrerreserve an Gymnasien (Drs. 16/7134) und Realschulen und den Ausbau des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes. Um den Herausforderungen der Inklusion gerecht zu werden, wollen wir eine Gewichtung der Schülerzahl in den Eingangsklassen der Grundschule, die den individuellen Bedürfnissen der Kinder entspricht (Drs. 16/5227) analog der Gewichtung in den Kinderbetreuungsstätten.

Dies alles kostet Geld, dessen sind wir uns bewusst. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass sich Investitionen im Bildungsbereich sowohl für den Einzelnen als auch für unsere Gesellschaft als Ganzes kurz-, mittel- und langfristig mehr als bezahlt machen. Mit anderen Worten: Im Bereich Bildung zu sparen bedeutet, am falschen Fleck zu sparen und damit mittelfristig in anderen Bereichen höhere Folgekosten zu erzielen. Die Kommunen können ein Lied davon singen!

4. Professionalität und Anerkennung des Erziehungs- und Lehrpersonals sowie mehr pädagogisches Personal an Bildungseinrichtungen

Freie Wähler:

„Kleinere Klassen, mehr Lehrer“ ist von Anfang an eine bildungspolitische Kernforderung der FREIEN WÄHLER. Zumindest in allen 5. Klassen wäre hier der erste Schritt zu tun!

Um den gewachsenen Anforderungen und den gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden, fordern die FREIEN WÄHLER außerdem eine Aufstockung des übrigen pädagogischen Personals: mehr Schulpsychologen, mehr Anrechnungsstunden für Beratungslehrer, mehr Schulsozialarbeiter, aber auch mehr Verwaltungspersonal an allen Schulen. Wir fordern auch den Aufbau einer integrierten Lehrerreserve an Gymnasien (Drs. 16/7134) und Realschulen und den Ausbau des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes. Um den Herausforderungen der Inklusion gerecht zu werden, wollen wir eine Gewichtung der Schülerzahl in den Eingangsklassen der Grundschule, die den individuellen Bedürfnissen der Kinder entspricht (Drs. 16/5227) analog der Gewichtung in den Kinderbetreuungsstätten.

Dies alles kostet Geld, dessen sind wir uns bewusst. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass sich Investitionen im Bildungsbereich sowohl für den Einzelnen als auch für unsere Gesellschaft als Ganzes

kurz-, mittel- und langfristig mehr als bezahlt machen. Mit anderen Worten: Im Bereich Bildung zu sparen bedeutet, am falschen Fleck zu sparen und damit mittelfristig in anderen Bereichen höhere Folgekosten zu erzielen. Die Kommunen können ein Lied davon singen!

Bündnis 90/ Die Grünen:

Die geänderte schulische und gesellschaftliche Entwicklung erfordert eine stärkere Ausrichtung der Studieninhalte auf diese Wirklichkeit hin. Die Vermittlung und Erziehung der Kinder in Richtung von sozialen und emotionalen Kompetenzen erfordert eine deutliche Neustrukturierung der Bildung und Ausbildung von Erziehenden und Lehrpersonal.

Die Inhalte des Lehramtsstudiums müssen besser mit der Praxis verzahnt werden. Der Vermittlung von Methoden und pädagogischen Inhalten an Lehrkräfte muss im Studium mehr Raum gegeben werden. Die Weiterentwicklung von teamorientierten Arbeiten der Lehrerinnen und Lehrer mit anderem Fachpersonal, mit ErzieherInnen und Sozialpädagogen, die Möglichkeiten der Förderung der Zusammenarbeit mit Eltern und anderen Erziehenden muss im Ausbildungsangebot einen festen Rahmen bekommen. Wir fordern die Stufenlehrausbildung mit einem Master als Abschluss für alle Lehrämter.

Die ungleiche Bezahlung der Lehrämter ist nicht mehr gerechtfertigt. Und wir dürfen es nicht akzeptieren, dass ein großer Anteil der Referendare keine Stellen bekommt. Wir brauchen diese jungen Leute, um Stellen die durch Pensionierung frei werden, auszugleichen sowie um die zusätzlichen Aufgaben an Schulen (Ausbau Ganztagesangebote, Inklusion, bessere individuelle Förderung) zu bewältigen.

FDP:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

CSU:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

SPD:

Für die Qualität eines Bildungssystems sind neben Rahmenbedingungen und passender Schulstruktur mindestens ebenso entscheidend gut ausgebildetes Personal - Lehrerinnen und Lehrer genauso wie Psychologinnen und Psychologen, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen. Für uns wird die Qualität einer Bildungseinrichtung, sei es nun die Schule oder die Kindertagesstätte, immer durch die Zusammenarbeit verschiedener Professionen geprägt. Wir haben einen Gesetzentwurf zur Lehrerbildung eingebracht und erarbeiten gerade einen Vorschlag zur Professionalisierung des Personals der Kindertagesstätten.

Wir sind im übrigen der Meinung, dass die Gleichwertigkeit der Lehrämter nicht nur in der Ausbildung zum Ausdruck kommen muss, sondern auch in der Bezahlung und waren deshalb besonders enttäuscht, dass die CSU sich in den Beratungen zur Dienstrechtsreform hier keinen Millimeter bewegt hat.

5. Größere Eigenverantwortung und Mitgestaltungsrechte

SPD:

Freie Wähler:

Mehr Autonomie für die einzelne Schule bedeutet auch eine stärkere Einbeziehung der unmittelbar Betroffenen in Entscheidungsprozesse. Für uns FREIE WÄHLER ist neben der stärkeren Einbeziehung

der Eltern v.a. wichtig, den jungen Menschen Demokratie und demokratische Abläufe in ihrem alltäglichen Leben, also in der Schule näher zu bringen. In diesem Bereich ist es uns im Doppelhaushalt gelungen, die ursprünglich geplante Mittelstreichung für die Schülermitverantwortung abzuwenden.

Im hochschulpolitischen Bereich haben wir die Verankerung einer verfassten Studierendenschaft gefordert (Drs. 16/6447). Grundsätzlich gilt: Eltern, Lehrer, Schulleitung und Schüler als unmittelbar Betroffene müssen am System Schule wesentlich mehr partizipieren, nur so ist die entsprechende Motivation für die Schulentwicklung erreichbar, die Basis für erfolgreiches Lernen ist!

Bündnis 90/ Die Grünen:

Auch in Schulen und Bildungseinrichtungen dürfen demokratische Strukturen und Mitbestimmungsrechte keine Fremdwörter sein. Die bereits bestehenden Vertretungen müssen in ihren Rechten gestärkt werden und die Selbstbestimmung und Mitverantwortung der Schulen mit ihren Beteiligten muss deutlich ausgebaut werden.

Es muss zum Prinzip des Bildungssystems werden, dass wir Beteiligung, Mitbestimmung und – verantwortung zulassen und gewährleisten. Die Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen selbst können so gestärkt werden, da sie ihre eigenen Potentiale besser und effektiver einsetzen können und Schülerinnen und Schüler lernen solidarisches Handeln und demokratisches Denken kennen und schätzen.

FAZIT:

Wie Sie aus den, von Ihnen vorgelegten, Statements zu den Wahlprüfsteinen von 2008 ersehen können, hat sich die Grundtendenz der Aussagen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag nicht wesentlich verändert. Die Konzepte sind jedoch deutlich weiterentwickelt und den drängenden Fragen der Zeit angepasst und aktualisiert worden. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass die Struktur des bayerischen Bildungssystems überarbeitet und verbessert werden muss, damit es allen Kindern und jungen Menschen und deren Bedürfnis nach einer nachhaltigen und guten Bildung und Ausbildung gerecht werden kann.

FDP:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

CSU:

leider liegt uns bislang noch keine Antwort vor

SPD:

Wir haben einen Gesetzentwurf zur Selbständigen Schule erarbeitet, den wir noch vor der Sommerpause in die parlamentarischen Beratungen einbringen werden. Wir stärken in diesem Gesetzentwurf unter anderem das Schulforum und erweitern dadurch die Informations- und Mitspracherechte der direkt Betroffenen. Gelebte Demokratie, das heißt die größtmögliche Mitsprache derjenigen, die Schule ausmachen, ist die beste Demokratiebildung. Konkret bedeutet das, die Mitsprache von Schülerinnen und Schüler über die Gestaltung ihres Lebensraums Schule oder die wirklich ernst genommene Klassensprecherwahl oder das Ringen um Mehrheiten für Neuanschaffungen.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* hat seine Forderungen bereits vor der Veranstaltung an die Teilnehmer/innen geschickt und um Stellungnahme gebeten.

http://www.forum-bildungspolitik.de/positionen/index_halfzeitbilanz_2011.html